

Bericht der Frühjahrsession 2018

Vorerst keine Anpassung des HFKG

In der Frühjahrsession 2018 diskutierte der Nationalrat über eine Anpassung des gesetzlichen Rahmens für den Hochschulraum Schweiz: das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG). Zur Debatte stand eine Lockerung der festgeschriebenen Beitragssätze des Bundes an die kantonalen Hochschulen. Die grosse Kammer lehnte es aber ab, das HFKG in diesem Punkt abzuändern und damit den verbindlichen Anteil des Bundes vom Gesetz zu lösen. Gleichwohl könnte der Bundesrat das Thema bald wieder aufs Tapet bringen, denn er prüft derzeit Möglichkeiten für eine Reduktion der gebundenen Bundesausgaben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

GUMG: keine Einsicht in Gentests für Versicherungen

Der Nationalrat behandelte in der ersten Sessionswoche die Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) (17.048) und hiess diese mit 175 zu 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen gut. Diskutiert wurde ein Antrag für die Aufhebung des Verbots, das verhindert, dass Versicherungen die Resultate von früher durchgeführten Gentests einsehen können. Die Nationalrätinnen und Nationalräte lehnten diesen Antrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und

Kultur (WBK-N) mit 117 zu 43 Stimmen ab. Demnach dürfen Versicherungen auch künftig Ergebnisse von medizinischen Gentests nur dann einfordern, wenn hohe Lebensversicherungen über 400'000 Franken oder private Invaliditätsversicherungen von über 40'000 Franken pro Jahr abgeschlossen werden.

Im Weiteren übernahm die grosse Kammer die vom Bundesrat vorgelegten Anpassungen des gesetzlichen Rahmens für medizinische und nichtmedizinische Gentests fast unverändert. Demnach dürfen Abklärungen über bestimmte Eigenschaften des Erbguts im medizinischen Bereich weiterhin nur von Ärztinnen und Ärzten verordnet werden. Bei pränatalen Untersuchungen dürfen ausschliesslich Eigenschaften betrachtet werden, welche die Gesundheit des Embryos oder des Fötus gefährden könnten. Ausserdem soll Werbung für nichtmedizinische Gentests unter Einhaltung strikter Rahmenbedingungen erlaubt sein. Verboten ist hingegen Werbung für medizinische Tests, für pränatale genetische Untersuchungen sowie für Tests bei urteilsunfähigen Menschen.

Gentests für Forschungszwecke nicht betroffen

Mit der aktuellen Revision wird das GUMG an die technische Entwicklung und an das aktuelle Gentest-Angebot angepasst. Neben medizinischen Gentests besteht heute ein Markt für Tests, die Aspekte des Lebensstils abdecken. Zum Beispiel ist es möglich, genetische Untersuchungen über geeignete Ernährung, sportliche Veranlagung oder die Herkunft der getesteten Personen durchzuführen. Der revidierte gesetzliche Rahmen gilt jedoch nicht für genetische Untersuchungen zu Forschungszwecken. Das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen geht nun an den Ständerat.

➤ Protokoll des Nationalrats vom 26. Februar 2018

Hochschulfinanzierung: Nationalrat lehnt Anpassung des HFKG ab

Der Nationalrat lehnte eine Motion (17.3977) seiner Finanzkommission (FK-N) ab, welche eine Anpassung von Artikel 50 des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG) über die Grundbeiträge des Bundes an die kantonalen Hochschulen beantragte. Er verwarf den Vorstoss mit 92 zu 77 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Motion verlangte, dass die im HFKG festgeschriebenen Beitragssätze des Bundes (20% an die kantonalen Universitäten, 30% bei den Fachhochschulen) gelockert und mit einer «Kann-Bestimmung» angepasst werden.

Die FK-N begründete ihr Begehren mit dem wachsenden Anteil gesetzlich gebundener Ausgaben im Bundeshaushalt, welche den finanzpolitischen Spielraum von Bundesrat und Parlament beschränken. Der Bundesrat hatte die Kommissionsmotion zur Ablehnung empfohlen und verwies darauf, dass das HFKG das Resultat eines langen politischen Prozesses darstelle. Dabei ergänzen sich die Finanzierungsmechanismen mit der Führungsrolle des Bundes bei der Steuerung des Schweizer Hochschulsystems.

Bundesrat prüft Ausgabenbindung

Mit der Ablehnung der Motion bleibt die Regelung in Artikel 50 HFKG, die erstmals ab 1. Januar 2020 in Kraft tritt, bestehen. Der Bundesrat hatte jedoch bereits angekündigt, dass er verschiedene Vorschläge zur Entlastung des Bundeshaushaltes erarbeitet. Dabei sollen auch verschiedene Varianten geprüft werden, um die Ausgabenbindung bei der Hochschulfinanzierung zu lockern.

➤ Protokoll des Nationalrats vom 5. März 2018

Vorstoss aus vier Fraktionen gegen Kürzungen im BFI-Bereich

Vier Nationalrätinnen und Nationalräte aus den vier Fraktionen CVP, Grüne, FDP und SP reichten in der Frühjahrssession 2018 je eine gleichlautende Motion ein, die von verschiedenen Mitgliedern der jeweiligen Fraktionen mitunterzeichnet wurden. Mit den Vorstössen wird der Bundesrat beauftragt, die in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017-2020 verabschiedeten Finanzbeschlüsse in der vollen Höhe umzusetzen. Angesichts des jüngsten finanziellen Überschusses im Bundeshaushalt für das Jahr 2017 soll der Bundesrat neuerliche Kürzungen der Rahmenkredite in kommenden Budgets unterlassen; ohne zwingende Gründe solle nicht von den Finanzierungsbeschlüssen des Parlaments aus dem September 2016 abgewichen werden. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier argumentieren mit der zentralen Bedeutung von Bildung, mit den erforderlichen Anstrengungen, um dem Fachkräftemangel und den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen sowie mit der notwendigen Planungssicherheit für die BFI-Akteure.

➤ Motion (18.3189) von Nationalrätin Martina Munz (SP)

➤ Motion (18.3190) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP)

- **Motion (18.3191) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP)**
- **Motion (18.3192) von Nationalrätin Irène Kälin (Grüne)**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

- ... im Ständerat die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) (17.046) mit 36 zu 6 Stimmen abgelehnt. Ziel der Selbstbestimmungsinitiative ist es, in der Verfassung festzuschreiben, dass Schweizer Recht Vorrang vor dem Völkerrecht hat. Mit 27 zu 15 Stimmen lehnte der Ständerat auch einen Gegenentwurf zur Initiative ab, welcher klare Regeln für den Widerspruchsfall zwischen Schweizer Recht und Völkerrecht festschreiben sollte.

- ... im Nationalrat einem Postulat (16.3474) von Nationalrat Thomas de Courten mit 99 zu 87 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Die Annahme des Vorstosses beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Effizienz und Qualität des Bildungswesens zu verfassen. Dabei soll die Kostenentwicklung im Bildungswesen auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden berücksichtigt und geprüft werden, ob die getätigten Investitionen zu einem höheren volkswirtschaftlichen Nutzen führen.

- ... im Ständerat oppositionslos einer Motion (17.4210) von Ständerat Roberto Zanetti zugestimmt, welche die Einführung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz fordert. Die Ergänzung des Gesetzes soll es möglich machen, wissenschaftliche Experimente im Zusammenhang mit Cannabis-Konsum durchzuführen. Im Jahr 2017 wurde eine entsprechende Forschungsstudie vom Bundesamt für Gesundheit mangels gesetzlicher Grundlage nicht bewilligt. Der Nationalrat wird ebenfalls noch über die Motion entscheiden.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORSTÖSSE

Sehr enttäuschender Stopp der Cannabis-Pilotprojekte. Wie weiter?

- Interpellation (17.3984) von Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle (SP).
Eingereicht am 28. November 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Ausländeranteil in den öffentlichen Spitälern und in der humanmedizinischen Ausbildung in der Schweiz

- Interpellation (17.4008) von Nationalrat Thomas Matter (SVP).
Eingereicht am 4. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 31. Januar 2018 darauf geantwortet.
-

Solidaritätsabgabe zugunsten der Bildung älterer Arbeitnehmenden

- Motion (17.4033) von Nationalrätin Barbara Gysi (SP).
Eingereicht am 7. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Wissenschaft und Berggebiet Hand in Hand

- Motion (17.4042) der Grünliberalen Fraktion.
Eingereicht am 7. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Chancengleichheit beim Zugang zur höheren Schulbildung und Hochschulbildung

- Anfrage (17.1085) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 11. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Finanzreserven der ETH und Studiengebühren

- Interpellation (17.4083) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Unterstützt der Nationalfonds die 3R-Forschung wirklich?

- Interpellation (17.4085) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Von der Tabakindustrie unabhängige Forschung zu den E-Zigaretten und Heat Not Burn (HNB)-Geräten fördern

- Motion (17.4106) von Nationalrat Angelo Barrile (SP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Experimentierartikel als Grundlage für Studien zur regulierten Cannabis-Abgabe

- Motion (17.4114) von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 die Annahme der Motion beantragt.
-

Virtuelle Studierende an den ETH?

- Interpellation (17.4130) von Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Standortbestimmung und Weiterbildungsplanung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Postulat (17.4146) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).
Eingereicht am 14. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 die Ablehnung des Postulates beantragt.
-

Status eines Forschungsmentors schaffen, damit pensionierte Forscherinnen und Forscher weiterhin Zugang zu Forschungsgeldern haben

- Postulat (17.4242) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 die Ablehnung des Postulates beantragt.
-

Ingenieurausbildung an den ETH

- Interpellation (17.4265) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 14. Februar 2018 darauf geantwortet.
-

Erkenntnisse nach rund zwanzig Jahren Bologna-Reform

- Postulat (17.4276) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 die Ablehnung des Postulates beantragt.
-

Hat der Bundesrat seine Meinung über die Besteuerung innovativer Jungunternehmen geändert?

- Interpellation (17.4293) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Wie steht es um die Empfehlungen der EFK zum Bewilligungsprozess, zu den Kosten und zur Finanzierung von Tierversuchen?

- Interpellation (18.3047) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 28. Februar 2018.
-

Euratom: Wird sie die Lobby des Nuklearsektors auf Kosten der Steuerzahlenden, die für einen Atom-Ausstieg votiert haben?

- Interpellation (18.3048) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 28. Februar 2018.
-

Hochqualifizierte Drittstaatenangehörige. Wann erhöht der Bundesrat endlich die Kontingente?

- Interpellation (18.3074) von Nationalrat Sebastian Frehner (SVP).
Eingereicht am 6. März 2018.
-

Finanzielle, regulatorische und politische Auswirkungen des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU

- Interpellation (18.3095) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 7. März 2018.
-

Die landwirtschaftliche Forschung erhalten

- Interpellation (18.3156) von Nationalrat Jacques Bourgeois (FDP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Restrukturierung des Bundesrates bei der Forschungsanstalt Agroscope und Zentralisierung in Posieux

- Interpellation (18.3165) von Nationalrat Werner Salzmann (SVP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Die Umstrukturierung von Agroscope stoppen

- Motion (18.3182) von Nationalrat Jacques Nicolet (SVP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Pläne des Bundesrates für die Reorganisation von Agroscope

- Motion (18.3184) von Nationalrat Pierre-André Page (SVP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!

- Motion (18.3189) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!

- Motion (18.3190) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!

- Motion (18.3191) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!

- Motion (18.3192) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Swissmedic. Bürokratische Hürden für die klinische Forschung?

- Interpellation (18.3178) von Ständerätin Anita Fetz (SP).
Eingereicht am 14. März 2018.
-

Ist das Fortpflanzungsmedizingesetz zeitgemäss und entspricht es dem Stand von Wissenschaft und Technik?

- Postulat (18.3205) von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Weiterbildungsoffensive «Digitalisierung» für ältere Arbeitnehmende

- Motion (18.3219) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Kooperationen zwischen kantonalen Universitäten durch Anreize des Bundes fördern

- Interpellation (18.3224) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Drohende Lücken bei der dualen Bildung und bei der Beratung der Auszubildenden?

- Postulat (18.3275) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Die Ausbildung im Zusammenhang mit der Digitalisierung an die Bedürfnisse der Unternehmen anpassen

- Interpellation (18.3298) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Höhere Fachschulen stärken

- Motion (18.3240) von Ständerätin Anita Fetz (SP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Die landwirtschaftliche Forschung an die lokalen Bedingungen binden

- Motion (18.3241) von Ständerätin Géraldine Savary (SP).
Eingereicht am 15. März 2018.
-

Pläne für Erhöhung der Studiengebühren der ETH: auf Kosten der Studierenden und der Kantone?

- Interpellation (18.3307) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Kein Kahlschlag bei der Agrarforschungsanstalt des Bundes Agroscope

- Interpellation (18.3319) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Unverzüglicher Halt des strategielosen Umbaus der Agroscope

- Interpellation (18.3321) von Nationalrat Beat Jans (SP).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Formale Weiterbildung im Tertiärbereich vermehrt auf ältere und erfahrene Erwachsene ausrichten

- Motion (18.3359) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Die Wissenschaft: ein Trumpf der Schweizer Diplomatie

- Interpellation (18.3367) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Verankerung standortgerechter landwirtschaftlicher Forschung

- Parlamentarische Initiative (18.421) von Nationalrat Beat Jans (SP).
Eingereicht am 16. März 2018.
-

Angekündigte Zentralisierung von Agroscope

- Interpellation (18.3375) von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP).
Eingereicht am 16. März 2018.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

22. März 2018
